Die Zeit um alle guten Sinne zu sammeln! Das unbeabsichtigte Sonntagswort zwischendurch von Olaf Thomas Opelt 19.12.2021 Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser, Wir Alle, damit meine ich alle Deutschen, sollten in der Adventszeit der Besinnlichkeit all unsere guten Sinne sammeln um unseren gesunden Menschenverstand/Vernunft in Gang zu bringen, denn nur mit gesundem Menschenverstand werden diese deutschen Lebewesen erkennen können, dass sie als Volk eine wahrhafte und vom deutschen Volk tatsächlich in Kraft gesetzte Verfassung brauchen, um dem Vasallentum, das gegen jeglichen Eid nicht dem deutschen Volk, sondern den US Imperialisten dient, das Handwerk legen zu können. Das ist aber eine Sache, die nicht jeden angediegen ist. Warum dieses unbeabsichtigte Sonntagswort zwischendurch? Am 5.12.2021 habe ich im Sonntagswort vermeldet, dass mein Einspruch gegen die Bundestagswahl zwar nachweislich (rote Karte) fristgemäß beim Ausschuss für Wahlprüfung eingegangen war, dieser aber keine fristgemäße Antwort gegeben hat. Jetzt am Dienstag, dem 14.12.2021 trudelt aus Berlin mit Poststempel vom 13.12.2021 ein Brieflein ein, das angeblich am 6.12.2021 gefertigt wurde. In diesem Brieflein bekomme ich, der rotzige Querulant Opelt, mitgeteilt, dass der Einspruch angenommen wurde. Man hat dafür ein Aktenzeichen herausgegeben. Es wird vorausgesetzt, dass ich wahlberechtigt gewesen wäre. Die Prüfung dafür erfolgt aber erst, wenn mein Einspruch Erfolg haben sollte.

Der Opelt bezeichnet sich als <u>Reichs- und Staatsangehöriger!</u>

Jetzt mal ganz in Ruhe!

Adventszeit, Zeit der Besinnlichkeit?

Damit war ich also bis Ende 1999, also 9 Jahre nach der vermaledeiten Wende, mit Sicherheit wahlberechtigt, denn erst dann hat unter Führung der SPD (das zweite Mal nach Hitler) ohne die Zustimmung des deutschen Volkes das positive Recht, der Reichs- und Staatsangehörigkeit, einen

Dämpfer mit der willkürlichen Regel des sog. deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes bekommen.

Nein, kein Gesetz, sondern eine willkürliche Regel, weil diese der Rechtsstaatlichkeit widerspricht. Die Rechtsstaatlichkeit beruht auf dem Rechtsstaatsprinzip, also einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage. Da aber der verfassungsgebende Kraftakt des deutschen Volkes, mit dem sich dieses das Grundgesetz als Verfassung gegeben habe, erstunken und erlogen ist, widerspricht das sog. deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz dem Rechtsstaatsprinzip und kann daher nichts weiter als eine willkürliche Regel sein, zumal dieser ein Geltungsbereich fehlt.

Nach dieser willkürlichen Regel wäre also ein Reichs- und Staatsangehöriger in der BRiD kein deutscher Staatsangehöriger und damit nicht wahlberechtigt.

Hier kommt aber das Problem, dass der Opelt genötigt war, bei der Einwohnermeldestelle einen neuen Angestellten (Personal)ausweis zu beantragen, da wenn er dies nicht getan, ihn eine weitere spürbare Strafe ereilt hätte. Trotz mehrmaligen Hin und Her wurde mir die "deutsche Staatsangehörigkeit" ohne jeglichen verfassungsgemäßen Hintergrund aufgedrückt. Eine Beschwerde dagegen bei der Dienststellenleiterin hat keine Abhilfe gebracht, so müsste ich also nach dieser "robusten" Verwaltungshandlung eigentlich wahlberechtigt in der BRiD sein.

Da ich aber bereits im Jahr 2015 zu einer Wahl meine Wahlunterlagen wegen der angeführten Rechtsstaatswidrigkeit mit entsprechender Ausführung an das Wahlbüro zurückgesendet habe, habe ich seit dem keine Wahlunterlagen mehr erhalten, mich aber auch selbst nicht mehr darum gekümmert.

Stellt sich nun die Frage, ist der Opelt in der BRiD noch wahlberechtigt oder nicht?

Davon abgesehen wird nun dieser Ausschuss eine Prüfung veranstalten und dabei wohl doch etwas ins Schlingern geraten, umso mehr der Einspruch eine weiterführende Bitte enthält, mir doch aufzuzeigen, <u>wann der verfassungsgebende Kraftakt</u> des deutschen Volkes, der in der Präambel des GG steht, stattgefunden hat und in welchen Annalen er festgeschrieben wurde.

Sollte nun der Ausschuss doch darauf kommen, dass der Einspruch berechtigt wäre, kommt es zur nächsten Schwierigkeit, denn zuständig wäre dann für die Entscheidung die Versammlung gegen die sich eigentlich der Einspruch gerichtet hat, was sprichwörtlich den Bock zum Gärtner macht.

Was ist daraus zu schlussfolgern?

Erstens hat der Einspruch des rQO den entsprechenden Ansprüchen Genüge getan und zum Zweiten war er fristgemäß eingelegt.

Der Einspruch hat aber keine fristgemäße Antwort bekommen und hätte zumindest nach Meinung des rQO vor Zusammentreten der gewählten Versammlung entschieden werden müssen.

Jetzt ist aber die Versammlung, die sich da Bundestag nennt, voll in Arbeit und hat inzwischen auch das neue Regime durchgewunken. Was würde also passieren, wenn dem Einspruch stattgegeben würde?

Ich als rQO vermeine da einfach mal, dass der Einspruch, wenn überhaupt, zum Bundestag vordringt, von diesem als absurd oder ähnlich abgetan wird, und die Bitte nach der Offenbarung des <u>verfassungsgebenden Kraftakts</u> ganz außeracht gelassen wird.

Genau hier fehlt die Menge, die derzeit von den Querdenkern auf die Straßen geholt wird, um den Einspruch ein entsprechendes Gewicht zu verleihen.

Aber nicht doch, das würde ja Nachdenken bedürfen, dass man dann doch lieber anderen überlässt, auch wenn man dadurch seinen Widerstand mit Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren ausgetrieben bekommt.

Da schauen wir doch gleich einmal auf den neuen Innenchef Leut Faeser und seinen Versuchen den "Reichsbürger" als bösartiges Element in die rechtsextreme Ecke zu stellen.

Oh ja, jede extreme Handlung hat in einer Zivilgesellschaft rein gar nichts zu suchen. Was ist aber extrem daran, wenn die Menschen auf Recht beharren, solang es um das gültige deutsche Recht und Gesetz auf der Grundlage des Völkerrechts geht?

Ich meine, rein gar nichts! Sondern es ist extrem, sich dagegenzustellen, wie das Leut Faeser es als neuer Innenchef der BRiD tut, da auch dieses Leut **nicht** über ein rechtsungültiges Grundgesetz in seine Stellung gelangen konnte, sondern alleinig über Besatzungsgesetze in Form des "Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin". Es ist also nicht über den Willen des deutschen Volkes an die Stelle des Innenchefs gekommen, sondern weil sich die wichtigen Männer einig waren und sind, wie zu verfahren sei.

Der Wille des deutschen Volkes durfte nur zum schönen Schein der Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes abgegeben werden, da bekanntlicherweise in der westlichen Welt Demokratie Volksbeherrschung bedeutet.

So konnte dann auch der "Spiegel" stolz darüber berichten, dass nur ein robustes Vorgehen der Einsatzkräfte Schlimmeres bei Corona Demonstrationen verhüten konnte. Robustes vorgehen? Mit Schlagstöcken, Pfefferspray und anderenorts mit Wasserwerfern, oder wie man auf einem Film im Netz verbreitet, sehen konnte in Plauen auf der alten Elsterbrücke durch brutales Zusammentreten eines Demonstranten durch die Polizeikräfte!

Oh ja, ich bin der Meinung von Leut Faeser, dass rohe Gewalt tödlich für eine Zivilgesellschaft ist. Gewalt darf nur in einem vernunftbegrenzten Rahmen ausgeübt werden. Der vernunftbegrenzte Rahmen ist eine wahrhafte und vom Volk tatsächlich in Kraft gesetzte Verfassung.

Die deutsche Polizei ist ein Teil des deutschen Volkes, somit ist also auch die Polizei für einen solch rechtlichen Rahmen mitverantwortlich, worüber ich bereits im Jahr 2016 in Plauen auf dem Platz zu einer WSD Veranstaltung folgend ausführte: "

"Die Polizei, die hier auf dem Platz ist, die möchte ich recht herzlich grüßen, denn eines ist klar, das Volk braucht die Polizei.

Warum braucht das Volk die Polizei? Damit die Polizei das Volk vor Betrügern, Räubern und Mördern schützt, aber auch vor Alkoholfahrern und Rasern.

Eines möchte ich aber gleich hinzufügen, die Polizei braucht auch das Volk und wozu? Um der Polizei einen rechtsstaatlichen Rahmen zu geben, mit dem dann die Polizei ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen kann."

Weil wir gerade bei der Polizei sind, gerade in deren Reihen gibt es immer mehr Menschen, die über das Bauchgefühl merken, dass etwas nicht stimmt. Leider aber haben auch diese aus dem Bauchgefühl heraus nicht genug Antrieb sich dazu entsprechendes Wissen aufzubauen. Inwieweit das auf einen Menschen, der in Bayern Ausbilder bei der Polizei ist, zutrifft, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls berichtet der "Spiegel", dass dieser Polizist aus seiner Stellung flog, weil er den "Staat"

von grund auf abgelehnt hätte. Nun meint der bayerische Innenchef Herrmann mit Staat nicht den eigentlichen mangels Organisation (fehlende Verfassung) handlungsunfähigen deutschen Staat, sondern die BRiD bzw. den sog. Freistaat Bayern ohne Staatsangehörige, der somit also auch von diesen fehlenden Staatsangehörigen des Freistaats Bayern keine Verfassung bekommen konnte, was wiederum darauf hinweist, dass auch die Bayerische Verfassung aus dem Jahr 1946 auf einer klaren Anweisung der US Besatzungsmacht beruht. Das ist wiederum eine extreme Wahrheitsverweigerung durch den bayerischen Innenchef Herrmann.

Wenn nun der Polizist die entsprechenden Gesetze, besser gesagt, willkürliche Regeln, anzweifelt, ist das doch nichts weiter als rechtens, besser wäre es noch, wenn er den tatsächlich rechtlichen Hintergrund auftun würde.

Was kann aber der Einzelne in einem Kampf gegen ein ganzes System erreichen?

Das sieht man beim rQO. Denn auch dieser ist immer wieder allein an vorderster Front letztendlich auf verlorenem Posten, weil das deutsche Volk in seiner Mehrheit nach wie vor scheut einen zivilen und wirklich gangbaren Weg des Widerstandes zu gehen.

Schauen wir zu zwei anderen neuen Chefs der BRiD Verwaltung, die sich selbst Regierung nennt.

Einmal zu Leut Baerbock und zum andern zu Leut Scholz.

In allerfeinster angemaßter Staatsmanier reist dieses Paar gleich am Anfang ihrer Herrschaft zumindest durch Europa. Nun gut, nicht ganz Europa, sondern durchs neue Reich/EU. Baerbock als Außenchef voran und im Nachwasch Scholz als Kanzler hinterher. Kanzler, auch Ministerpräsident bzw. erster Minister hat wie ich schon einmal ausgeführt habe, nichts in einem solchen Außendienst zu suchen. Das ist die Aufgabe eines wahrhaften Staatspräsidenten. Diese Art Kanzler stammt aus dem Kaiserreich als der damalige Präsident in Form des Kaisers geistig nicht in der Lage war, die diplomatische Vertretung zu übernehmen. Etwas anders war es schon in der Weimarer Republik, na ja und Hitler hat nach dem Tod von Hindenburg den Präsidenten und Kanzler gleichgeschalten.

Und was war nach Hitler?

Die drei Westbesatzer haben dafür gesorgt, dass sie über Besatzungsgesetz die <u>oberste Gewalt</u> in der BRiD behielten, haben aber zum Schein im GG die Stelle eines Bundespräsidenten schaffen lassen, der letztendlich nichts weiter ist wie ein Portier eines großen Hotels, auch Grüßaugust genannt. Er hat also tatsächlich keine Macht, die ein Staatspräsident vom Volk erteilt bekommt, sondern ganz einfach die Livree, die ihm sein Dienstherr als Arbeitskleidung zur Verfügung stellt, zu tragen. So sind Baerbock und Scholz nacheinander in Paris, in Brüssel und in Warschau gewesen. In Paris wurden sie von der Macrone als Chef des Besatzungsstaates Frankreich, gnädig empfangen, da sie im vornherein sich dem <u>Aachener Vertrag vom 22.1.2019</u>, der den <u>Elysee Vertrag</u> aus dem Jahr 1963 erneuerte, unterstellt haben. Wohlgemerkt wollte die Besatzungsmacht Frankreich unter de Gaulle ein vereinigtes Europa auf der Grundlage von Heimatländern; die BRiD aber unter Adenauer eine subsidiäre Diktatur in den Strukturen des neuen Reichs/EU.

In Brüssel waren sie beim Stoltenberg, dem vordergründigen Nato Chef. Vordergründig, weil er ebenso als ausgesuchte europäische Marionette dient wie all die anderen, die nicht in den engeren Kreis gehören, denn der eigentliche Chef der Nato ist immer ein <u>US Amerikanischer</u> Oberbefehlshaber.

Von Stoltenberg wurden sie ebenfalls gnädig empfangen, da Scholz seine Aufgaben als Finanzchef der BRiD im vornherein besonders gut erfüllte und das Baerbock klar dem Pazifismus abschwört

und somit die Nato zwei gute Diener in der BRiD hat. Dann aber in Warschau. Da hat es verbal Ohrfeigen für Baerbock gegeben und auch dem Scholz, der wieder im Nachhinein nach Warschau kam, erging es nicht viel besser. Um die Reparationsforderungen, die Polen nach wie vor wegen des WK2 an die BRiD hat, ging es. Und es war dem Scholz recht peinlich, weil irgendwann das Geld zum Fenster hinauswerfen ein Ende hat, weil eine weitere Verschuldung die Computer sprengt. So hat also Scholz in seiner Not darauf hingewiesen, dass "man" weiter bereits ein werde, sehr, sehr hohe Beiträge in den EU Haushalt einzubezahlen. Ja, mein lieber Michel, wer wird denn dieser "man" sein? Doch nicht du und die anderen Bewohner des Bundesgebietes? Und seid "ihr" nicht schon eh und je die Hauptzahler in diesen Haushalt? Wird mit diesem Haushalt nicht das ganze Baltikum (Litauen, Lettland, Estland) vor dem Untergang bewahrt? Kann sich damit nicht auch Polen ständig weiter sanieren? Jetzt reicht es aber für die Polen nicht mehr und sie brauchen neues Geld, weil sie Freunde als Gäste ins Land bekamen, einen ganzen Haufen GI's sind eingerückt und haben ganze Patriot Raketenanlagen mitgebracht, die nicht nur zur Abwehr dienen, sondern auch über die Tomahawk für den Angriff genutzt werden können, dabei aber im Preis und Wirkung der russischen S400 weitaus unterlegen sind. Das kostet natürlich und das sollen natürlich nicht die Gäste zahlen, sondern der Pilsudski will, dass es das polnische Volk zahlt. Das kann es aber nicht, wenn es sich nicht ebenso wie der Michel und das US Amerikanische Volk verschulden will. Also bleiben als weitere Quelle nur Reparationen. Und so durften erst Baerbock und dann Scholz aus Polen abtreten mit dem Hinweis, dass man seitens der Pilsudskis die Gleichschaltung Polens mit dem neuen Reich nicht dulden werde, sondern die Selbstbestimmung seiner Heimat aufrechterhalten werde.

Halt, Gleichschaltung, da war doch was! Haben die Hitlerfaschisten nicht die Länder mit dem Reich gleichgeschalten, um somit ihre Herrschaft in herzallerliebster Art auf den ganzen deutschen Staat ausdehnen zu können? Und sind nicht im neuen Reich die deutschen Ampelmännschen undmännschinnen bestrebt eine solche Führerschaft zu erreichen, außer dass man die Besatzungsmacht Frankreich noch zu beachten hat? Ja, das ist etwas kurz gedacht, denn das neue Reich/EU ist nur die Vorstufe der Einen Welt Regierung und in der hat Frankreich als Staat auch nur eine untergeordnete Stelle und so schon gleich die deutschen Vasallen. Und so kommen die Pilsudskis gleich noch dazu, dass sie den Ampelmännschen und – männschinnen vorwerfen den Aufbau eines vierten Reiches zu planen. Ist schon mächtig gewaltig, was man da alles bei der "Welt" lesen kann.

Mächtig gewaltig noch einmal, wenn man in die Geschichte hineinschaut, wer aus dem 2. Reich, dem Kaiserreich das 3. Reich aufgebaut hat, in dem man den WK1 für eine Neuaufteilung Europas und anderer Teile der Welt angestoßen hatte, dabei aber nicht genug bekam, deshalb über die Thule Gesellschaft die im Geiste erbärmliche Gestalt Hitler aussuchte, um einen Verderber für das deutsche Volk aufzubauen, auf das man dieses ein weiteres Mal in einen großen Krieg schicken konnte.

Und nun zeigen die Polen auf, dass diesem 3. Reich ein viertes folgen soll, obwohl dieses neue Reich schon lang in Angriff genommen wurde und die ersten deutlichen Anzeichen dafür die Montanunion war. Das aber alles wischt das neue Regime vom Tisch und zwar mit dem 2+4 Vertrag, denn damit wäre rechtlich und politisch alles abgeschlossen. Der 2+4 Vertrag, eigentlich "Abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" hat aber rein gar nichts abgeschlossen, beendet oder sonst noch was, denn er konnte im zuge des Einigungsvertrages wegen unheilbarer Widersprüche nicht in Kraft treten.

Schauen wir einmal nach wie sich das Baerbock in Warschau geschlagen hat.

Es kam gekrochen mit dem Beistand gegen Weißrussland und Russland, weil sich das unter Freunden so gehört. Ach ja, Beistand? Hatten das einst die Polen nicht auch von Frankreich und Großbritannien geschworen bekommen, der aber dann als man Hitler dazu gebracht hatte in Polen einzurücken, kläglich versagt blieb. Oh, wie hatte man die Pilsudskis ermutigt die Deutschen in Ostpreußen zu martern, auf dass man Hitler einen Grund geben konnte diesen Schritt des

Wahnsinns zu tun. Und deswegen ist die heutige Freundschaft wieder tief und innerhalb des neuen Reichs/EU unbezahlbar, also mit keinerlei Reparationen auszugleichen. Oh halt, hier verstricke ich mich in Gewäsch mit einigem Hintergrund vom ZDF. Dabei schreibt doch dieses dem Baerbock ehrlich und offene Worte der Rechtsstaatlichkeit zu. Ja und genau hier kommen diese Halunken in ihrer Gesamtheit auf die blanke Lüge, denn Rechtsstaatlichkeit beruht auf dem Rechtsstaats Prinzip und dieses wiederum auf einer rechtsgültigen verfassungsgemäßen Grundlage, die Baerbock samt dem neuen Regime, somit der gesamten BRiD Verwaltung und den vermeintlich öffentlich rechtlichen Medien, nicht nachweisen können.

Oh, dann <u>weiter im ZDF</u>; Pilsudski meint, dass wenn man Polen versprochene Gelder vorenthielt, könnte das einen dritten Weltkrieg auslösen. Mein lieber Herr Gesangsverein, welch eine Liebschaft unter Freunden! **Freunde**?

Da war doch noch so ein herzallerliebster Freund? Ach ja, der Rabiatzionist Rabinovic, der hat auf dem Zionistenkongress in Budapest <u>folgend gemeint</u>:

"Wenn die dummen Nichtjuden die zionistische Agenda nicht verstehen, marschieren wir blindlings als Lemminge von der Klippe in den dritten Weltkrieg."

Ach ich Dummerle, das war doch 1952, also schon 70 Jahre her, ein ganzes Menschenleben und die Zeiten sind doch nun wirklich viel friedlicher geworden. Oder etwa nicht? Man braucht doch nur Baerbock erbärmlich quäkend ihren vorgefertigten Text ablesen zu hören, wenn es um den Tiergarten Mord geht. Denn wer schwerwiegend deutsches Recht und die Souveränität der Bundesrepublik in Deutschland verletzt, muss nun einmal hart bestraft werden. Man muss eben einfach nur "Respekt" vor der Bridlerischen Rechtsordnung haben! Rechtsordnung? Eine Ordnung, die jegliche Beweise verweigert! Eine Ordnung, die Wahrheit nur fordert, wenn sie zum Nutzen der Herren des deutschen Volkes ist. Eine Ordnung, die Beweise fordert von Dingen, die gar nicht stattgefunden haben oder Beweise vom Tisch fegt, weil die Dinge anders abliefen, als die Rechtsordnung vorgibt. Dinge, die nicht stattgefunden haben, wie die Novitschok Vergiftung von Navalny, denn mit einer minimalen Menge mit einem solchen Gift in Kontakt gekommen, bedeutet den sicheren Tod. Dinge, die anders stattgefunden haben wie der Abschuss der Malaysia Passagiermaschine MH17, die nicht von einer BUK Rakete, sondern von zwei ukrainischen Jagdfliegern abgeschossen wurde.

Man sollte in Bezug auf den Tiergartenmord doch einmal in die Zeitung für Anspruchsvolle schauen. Da gibt es einen Artikel, wo man lesen kann, dass die Verteidigung des Tiergartenmörders klar die fehlenden Beweise zu seinem Personenstand und zur Verbindung mit dem russischen Staat bemängelt und das Gericht letztendlich nur auf Indizien urteilte, die vom Generalbundesanwalt vorgegeben wurden und die Verstrickung des russischen Staates in die Sache bezeugen sollen. Was ist also ein solches Urteil, ohne staatsrechtliche Grundlage nur ein Ausnahmegericht, eines solchen Gerichts noch wert?

Ja, Baerböckchen, deutsches gültiges Recht und Gesetz auf der Grundlage des Völkerrechts verletzen, bedeutet zumindest sich der Strafbarkeit nach den Regeln des Völkerstrafgesetzbuches auszusetzen, das aber keine 18 Jahre Straflager vorsieht. Vielleicht sollte man dann doch eher den Internationalen Strafgerichtshof für solche Vergehen anrufen, um jene, die die Souveränität der Bundesrepublik verletzen, vor Gericht zu holen. Es sind all jene, die dafür gesorgt haben, dass der Einigungsvertrags samt des 2+4 Vertrages rechtlich nicht in Kraft treten konnte. Es sind jene, das das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin mit den drei Westmächten abgeschlossen haben und es sind jene, die das bis dato aufrechterhalten, in dem sie

nach wie vor den <u>erstunken und erlogenen verfassungsgebenden Kraftakt des deutschen Volkes</u> in der Präambel des GG huldigen.

Und was macht der deutsche Michel? Er ist sich nicht zu dumm, sich weiter verblöden zu lassen; er lässt sich auf die Straße holen, um seinen berechtigten Zorn mit Ordnungswidrigkeits- und Strafverfahren abtöten zu lassen.

Darum hüte dich dumm's Michelein, wehre dich mit Händen und Füssen vor einem zivilen Widerstand, vor der Erklärung zur Bürgerklage, denn das würde dir die Pflicht des guten Denkens, guten Redens und guten Handelns auferlegen und das ist Zwang und Zwang ist nun einmal gemein.

Olaf Thomas Opelt

Staatsrechtlicher Bürger der DDR

Reichs- und Staatsangehöriger

Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de